

Die Zukunft der EU - Zusammen stark

Beschluss der Landesversammlung vom 7./8. März 2020 in Ravensburg

Am 9. Mai 1950 öffnete der damalige französische Außenminister Robert Schuman mit seiner Erklärung zur Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl die Tür für die heutige Europäische Union. Heute steht die Europäische Union für 70 Jahre Frieden, Freiheit und Wohlstand. Dies gilt gerade für Baden-Württemberg, das von der europäischen Einigung bis heute besonders stark profitiert. Um uns für eine erfolgreiche Zukunft vorzubereiten, brauchen wir eine handlungsfähige und starke EU mehr denn je. Der Klimawandel, die Digitalisierung, neue Krisen in der Nachbarschaft Europas, der Aufstieg neuer Mächte wie China – all dies verlangt nach Antworten, die nur im europäischen Rahmen möglich sind. Nachdem das vergangene Jahr vor allem von Wahlen und der Neubesetzung von Ämtern geprägt war, ist jetzt die Zeit zum Handeln gekommen. Die neue Kommission hat bereits Initiativen zu einigen zentralen EU-Themen vorgelegt und das Europäische Parlament hat seine Positionen beschlossen. Im zweiten Halbjahr 2020 wird Deutschland die Ratspräsidentschaft der EU innehaben.

Zukunftsdebatte / Europa der Bürgerinnen und Bürger

Die EU von heute muss sich weiter entwickeln und handlungsfähiger werden. Mit der Konferenz zur Zukunft der EU eröffnet sich die Chance, auf breiter Basis und unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger eine Debatte darüber zu führen, in welcher EU wir zukünftig leben wollen.

Die Europa-Union Baden-Württemberg begrüßt alle konstruktiven innereuropäischen Debatten um die Zukunft der EU und unterstützt dabei den Ansatz, möglichst viele Stimmen von Bürgerinnen und Bürgern der EU mit geeigneten Beteiligungsformaten an der Zukunftsdebatte zu beteiligen. Dabei sollte vor der Bürgerbeteiligung eine klare Information an die sich beteiligenden Bürger/-innen herausgegeben werden, wie deren Meinungen gesammelt werden und wie sie Eingang in Ergebnisse finden. Wir stehen bereit, uns in Baden-Württemberg dabei selbst aktiv einzubringen.

Die Europa-Union Baden-Württemberg fordert, dass die Zukunftskonferenz konkrete Vorschläge für eine Reform der EU erarbeitet, die dann am Ende auch umgesetzt werden müssen. Dazu gehören aus unserer Sicht insbesondere:

- ein EU-einheitliches Wahlrecht für das Europäische Parlament, das die 27 nationalen Regelungen vollständig ersetzt und für einen bestimmten Anteil der Europaabgeordneten die Wahl über transnationale Listen einführt; die Einführung eines 2-Stimmensystems mit grenzüberschreitenden Wahlkreisen sollte dabei ebenfalls diskutiert werden;
- die Schaffung eines verbindlichen Spitzenkandidatensystems;
- ein Initiativrecht für das Europäische Parlament;
- die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips zugunsten von Mehrheitsentscheidungen im Rat-a
- weitere Schritte hin zu einer EU-Verteidigungsunion.

Mit dieser klaren Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger und einem transparenten Verfahren der Nutzung der Ergebnisse kann die Zukunftsdebatte einen Beitrag dazu leisten, dass viele Menschen wieder sehr viel stärker als zuvor die EU als „ihre“ Angelegenheit betrachten.

Rechtsstaatlichkeit

Die EU ist eine Gemeinschaft des Rechts. An die Stelle des Rechts des Stärkeren ist die Herrschaft des Rechts getreten. Die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien gehört zum Kern der EU und darf nicht in Frage gestellt werden. Justizreformen und Justizskandale in einigen Mitgliedstaaten haben das Vertrauen in eine unabhängige Justiz erschüttert. Die Europa-Union Baden-Württemberg fordert daher Maßnahmen, die zu einer wirksamen Kontrolle der Einhaltung rechtsstaatlicher Standards durch die EU führen. Dies gilt insbesondere für die Verknüpfung der Auszahlung von EU-Mitteln an das Funktionieren eines unabhängigen Rechtsstaats.

Frankreich

Die Rolle des „deutsch-französischen Motors“ für die Weiterentwicklung der EU sieht die Europa-Union Baden-Württemberg nach wie vor als entscheidend an. Eine deutsch-französische Partnerschaft und ein vertrauensvolles gemeinsames Vorgehen dieser beiden Staaten im Sinne einer EU-Entwicklung auf Basis der gemeinsamen europäischen Werte ist erforderlich, um notwendige größere Vorhaben und Projekte der EU umsetzen zu können. Dabei können auch die vielfältigen deutsch-französischen Partnerschaften auf kommunaler und regionaler Ebene und zwischen Nichtregierungsorganisationen oder Privatpersonen helfen. Es sollten daher intensiv und rasch die Möglichkeiten, die der Aachener Vertrag

diesen Partnerschaften vor allem über den geplanten Bürgerfonds eröffnet, ausgearbeitet und umgesetzt werden. Wir setzen daher auf eine Politik der Europäischen Union, die Kommunen und Regionen als starke Partner begreift und ihre Potentiale zur Weiterentwicklung der EU nutzt. Auch die Kontakte nach Polen und zu den Staaten Mittel-Osteuropas müssen intensiviert werden.

Mehrjähriger-Finanzrahmen 2021-2027

Die Europa-Union Baden-Württemberg bedauert die Verzögerungen bei den Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027. Um die großen Herausforderungen auf EU-Ebene angehen zu können, ist ein angemessener EU-Haushalt notwendig. Insbesondere braucht es mehr europäische Mittel überall dort, wo ein gemeinsames Handeln einen echten europäischen Mehrwert erzeugt und der Zusammenhalt in der EU gestärkt wird. Dies sind vor allem die Bereiche Forschung und Entwicklung, Migration, Außen- und Sicherheitspolitik, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Austauschprogramme wie Erasmus+ und die Förderprogramme für kommunale Partnerschaften und Vereinspartnerschaften. Wir erwarten ein klares Signal der Bundesregierung, den Anteil Deutschlands am EU-Haushalt zu erhöhen.

Klimaschutz

Die EU muss zum internationalen Vorreiter beim Klimaschutz werden. Die Europa-Union Baden-Württemberg begrüßt daher die Vorschläge der Kommission für den Europäischen Grünen Deal und fordert die rasche Umsetzung konkreter Maßnahmen. Hierfür ist auch ein angemessener EU-Haushalt notwendig, um die erforderlichen Investitionen z.B. in Innovationen und Infrastruktur auch leisten zu können.

Erweiterung

Die Europa-Union Baden-Württemberg fordert, dass die EU für die aktuellen Beitrittskandidaten ein verlässlicher Partner bleiben muss. Zusagen, die an die beitrittswilligen Staaten gemacht wurden, müssen eingehalten werden, da die Glaubwürdigkeit der EU sonst in der so wichtigen Region Südosteuropa massiv Schaden nehmen würde. Hierzu gehört insbesondere die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien. In gleicher Weise müssen auch die Beitrittskandidaten ihre Verpflichtungen gegenüber der EU erfüllen.

Weltpolitikfähigkeit

Die Europa-Union Baden-Württemberg sieht es als unabdingbar an, die Weltpolitikfähigkeit der EU zu verbessern. Die EU darf nicht zum Spielball anderer werden. Sie muss als starker Akteur die internationale Politik beeinflussen, um Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Klimaschutz und soziale Standards weltweit durchzusetzen.

Wir bekräftigen daher unsere Forderung nach einer Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Die Rollen des Hohen Vertreters und des Europäischen Auswärtigen Dienstes müssen weiter gestärkt werden. Ziel muss es sein, dass künftig die EU bei der UN und bei internationalen Konferenzen alle Mitgliedstaaten alleine vertritt.

Vor dem Hintergrund globaler Tendenzen zur Schwächung weltumfassender Regelungssysteme wie UNO und WTO sollte die EU all ihr Gewicht zum Schutz und zur Weiterentwicklung globaler Rechtsstaatlichkeit auf Grundlage von Menschenrechten und freiem, fairem Welthandel in die Waagschale werfen.

Hintergrund-Information zu Europa-Union Baden-Württemberg e.V.:

Die Europa-Union Deutschland ist ein überparteilicher und gemeinnütziger Verband, der seit über 70 Jahren unter dem internationalen Dachverband der Europäischen Bewegung in der Gesellschaft durch zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen auf ein geeintes, demokratisches Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand hinwirkt. Wir sind aktiv auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Rund 18.000 Mitglieder sind in 16 Landesverbänden mit rund 350 Kreis-, Orts- und Stadtverbänden vernetzt und haben Partnerorganisationen in über 30 Ländern Europas. Im Landesverband Baden-Württemberg führen wir über 3.100 Mitgliedern in 32 Kreisverbänden.

Der Landesverband Baden-Württemberg e.V. zählt neben vielen parteilosen Persönlichkeiten viele führende Politiker aus den Reihen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. 8 der 11 Europaabgeordneten aus Baden-Württemberg sind Mitglied der Europa-Union. Im Landtag von Baden-Württemberg gehören aktuell 53 Abgeordnete aus CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen der Europa-Union an. Über 140 Kommunen im Land unterstützen die Arbeit der Europa-Union durch eine Mitgliedschaft.

Auch an der Spitze des Bundesverbandes spiegelt sich ihr überparteiliches Profil wider. Neben dem Präsidenten, Rainer Wieland MdEP (CDU), finden sich im Präsidium unter anderen parteilosen EUD-Mitgliedern, Gabriele Bischoff MdEP (SPD) und Evelyne Gebhardt MdEP (SPD) wieder.

Kontakt:

Daniel Frey, Medienreferent
E-Mail: daniel.frey@eubw.eu
Webseite: <https://eubw.eu>